

**NIEDERSCHRIFT
ZUR SITZUNG DES
AUSSCHUSSES FÜR JUGEND,
FAMILIEN, SENIOREN UND
SOZIALES**

Sitzungs-Nr./Gremium/Wahlperiode:
01. JUSO 2009-2014
Sitzungsdatum:
12.01.2010

Niederschrift

Übach-Palenberg, den 12.01.2010

Unter dem Vorsitz von versammelte sich heute um 17:00 Uhr im großen Sitzungssaal des Rathauses der

Ausschuss für Jugend, Familien, Senioren und Soziales

um über folgende Tagesordnung zu beraten:

Tagesordnung

1. Genehmigung der Niederschrift der 22. Sitzung des Ausschusses für Jugend und Soziales
2. Bericht über die städtischen Seniorennachmittage 2009 sowie Festlegung der Veranstaltungstermine 2010
3. Zuschussantrag des Fördervereins für Kinder und Jugend Frelenberg e.V. vom 3.09.2009 und Ergänzung vom 19.12.2009
4. Einführung eines Ehrenamtspasses
5. Berichte und Mitteilungen des Bürgermeisters

Es waren anwesend:

Stadtverordnete

Frau Bärbel Bartel
Herr Thomas Dieckmann
Herr Fred Fröschen
Herr Josef Fröschen
Frau Karin Fürkötter
Frau Silvia Gillen
Herr Herbert Görtz
Frau Norma Kuhlmeier
Herr René Langa
Herr Herbert Mlaker
Herr Hans-Georg Overländer
Frau Eva Maria Piez
Herr Winand Ruland
Frau Corinna Weinhold

Sachkundige Bürgerinnen und Bürger

Herr Franz Bergstein
Herr Dieter Hufnagel
Herr Hans-Josef Krawanja
Herr Steven McLarren
Herr Christian Peters
Frau Marion Wissing

Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner

Herr Detlef Mallmann
Frau Heiderose Mallmann

Verwaltungsbedienstete

Herr Volkhard Dörr
Herr Erster Stadtbeigeordneter Engelbert Piotrowski
Herr Stadtoberverwaltungsrat Heinz Waliczek

Gäste

Herr Gerhard Gudduschat
Herr Alexander Mahr
Herr Goetz Schneider

Schriftführer

Frau Stadtinspektorin Maike Simunovic

Vor Eintritt in die Tagesordnung hieß Ausschussvorsitzender **Overländer** alle Anwesenden herzlich willkommen zur 1. Sitzung dieses Ausschusses nach der Neuwahl des Rates und wünschte allen noch ein frohes neues Jahr. Er wünschte sich, dass man an die bisherige Tradition des harmonischen Umgangs miteinander in diesem Ausschuss anknüpfe und stellte die Beschlussfähigkeit sowie die rechtzeitige Zustellung der Einladung fest. Er begrüßte den ersten Stadtbeigeordneten Piotrowski, Herrn Stadtoberverwaltungsrat Waliczek, Herrn Dörr mit seiner Mitarbeiterin sowie die Presse und die Öffentlichkeit. Es ergaben sich keine Anträge zur Tagesordnung. Stadtverordneter Ruland teilte mit, dass die Stadtverordnete Gillen in Vertretung für den Stadtverordneten Josef Fröschen anwesend sei.

A) Öffentliche Sitzung

1 Genehmigung der Niederschrift der 22. Sitzung des Ausschusses für Jugend und Soziales

Beschluss:

Die Niederschrift der 22. Sitzung des Ausschusses für Jugend und Soziales wird genehmigt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

2 Bericht über die städtischen Seniorennachmittage 2009 sowie Festlegung der Veranstaltungstermine 2010

Stadtoberverwaltungsrat **Waliczek** verwies auf den der Sitzungsvorlage beigefügten ausführlichen Bericht und fasste zusammen, dass die Seniorennachmittage 2009 hervorragend gewesen seien. Es seien wieder stei-

gende Besucherzahlen zu verzeichnen gewesen, das Programm sei gut angenommen worden und auch die persönliche Form der Einladung sei auf positive Resonanz gestoßen. Programmvorschlage für die diesjährigen Seniorenveranstaltungen würden dem Ausschuss in einer der nächsten Sitzungen vorgelegt.

Stadtverordnete **Bartel** bat darum, spätestens in der übernächsten Sitzung am 13. April 2010 Programmvorschlage vorzulegen und die Beschlussempfehlung dementsprechend zu erweitern.

Stadtverordneter **Fröschen** schloss sich dem an und bat die Verwaltung darum, so früh wie möglich Programmvorschlage vorzulegen. Er fand die Seniorenveranstaltungen der letzten beiden Jahre gut und damit dies so bliebe, sollten die Planungen nicht zu kurzfristig erfolgen. Er befürwortete außerdem die Beteiligung einheimischer Künstler.

Stadtverordneter **Ruland** bedankte sich im Namen der CDU für den Bericht und den Einsatz derjenigen, die bei den Seniorennachmittagen geholfen haben.

Sachkundiger Bürger **Bergstein** fand ebenfalls die persönliche Einladung gut. Er kritisierte jedoch, dass er bei den Veranstaltungen Teilnehmer bemerkt habe, die nicht in Übach-Palenberg wohnen. Er bedankte sich bei der Verwaltung für die Durchführung der Seniorenveranstaltungen.

Stadtoberverwaltungsrat **Waliczek** erklärte zu der Wortmeldung des Stadtverordneten Fröschen, die Beteiligung einheimischer Künstler sei deshalb schwierig, weil die meisten Mitglieder der Vereine berufstätig seien und im Nachmittagsbereich nicht zur Verfügung stünden.

Ausschussvorsitzender **Overländer** sagte an den sachkundigen Bürger Bergstein gerichtet, es sei erfreulich wenn die Übach-Palenberger Seniorennachmittage über die Stadtgrenzen hinaus bekannt seien, aber natürlich seien die Veranstaltungen nur für Übach-Palenberger Bürger gedacht. Man könne aber möglicherweise bei der hohen Anzahl von Besuchern nicht kontrollieren, ob auch wirklich nur Übach-Palenberger daran teilnehmen. Man sollte aber ein Augenmerk darauf legen. Er dankte außerdem allen Beteiligten für die gute organisatorische Abwicklung und bat Stadtoberverwaltungsrat Waliczek darum, diesen Dank an seine Mitarbeiter weiterzugeben.

Die Beschlussempfehlung wurde auf Anregung der Stadtverordneten **Bartel** um Punkt 3. erweitert. Hiergegen ergaben sich keine Widersprüche.

Beschlussempfehlung:

1. Der Bericht der Verwaltung wird zustimmend zur Kenntnis genommen.
2. Im Jahre 2010 finden die städtischen Seniorennachmittage am 20. und 21. Oktober 2010 statt.
3. Die Verwaltung wird beauftragt, dem Ausschuss in der Sitzung am 13.04.2010 Programmvorschlage für die diesjährigen Seniorenveranstaltungen vorzulegen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

3 Zuschussantrag des Fördervereins für Kinder und Jugend Frelenberg e.V. vom 3.09.2009 und Ergänzung vom 19.12.2009

Erster Stadtbeigeordneter **Piotrowski** verwies auf die ausführliche Sitzungsvorlage und stellte diese so zur Diskussion.

Stadtverordnete **Bartel** erklärte, der Sitzungsvorlage sei klar zu entnehmen, dass der Verein nach der gängigen Förderpraxis nicht mit einem Zuschuss rechnen könne. Daher mache sie im Namen der SPD-Fraktion einen Lösungsvorschlag, nämlich dem Verein einen Zuschuss von 2 € pro Teilnehmer/Betreuer und Tag zu gewähren. Als Begründung führte sie an, dass man den Kindern aus sozial schwachen Familien zum einen die Teilnahme ermöglichen solle, zum anderen sollte man den Eltern ersparen, ihre finanzielle Situation darlegen zu müssen. Außerdem seien nicht nur Kinder aus Familien, die im SGBII - Bezug stehen, betroffen, sondern auch diejenigen aus dem Niedriglohnsektor.

Stadtverordneter **Ruland** erklärte, die CDU schließe sich dem an, jedoch wolle seine Fraktion noch keine Angaben zur Höhe des Zuschusses machen. Er beantragte, den Punkt noch einmal auf die Tagesordnung zu bringen.

Stadtverordnete **Bartel** fragte die Verwaltung, ob die Zeit dann noch ausreiche. Erster Stadtbeigeordneter **Piotrowski** antwortete, die Ferienfahrt solle im August stattfinden, es müsse aber noch einmal hinterfragt werden bis wann der Verein Planungssicherheit haben müsse. Er stimmte der Stadtverordneten **Bartel** zu, dass man von einer Bedürftigkeitsprüfung absehen solle.

Ausschussvorsitzender **Overländer** wies darauf hin, dass die bisherige Förderpraxis auf einem bestehenden Ratsbeschluss beruhe und dass man bei einer Abweichung in diesem konkreten Fall auch den Ratsbeschluss ändern müsse.

Stadtverordneter **Dieckmann** wandte ein, dass die Bedürftigkeitsprüfung laut dem vorliegenden Antrag offensichtlich durch den Verein durchgeführt werde, schließlich käme nur dadurch die Unterdeckung zustande, dass voraussichtlich 30 Kinder aus sozialschwachen Familien teilnehmen werden. Er halte deshalb die vorgeschlagene pauschalierte Förderung nicht für sinnvoll.

Erster Stadtbeigeordneter **Piotrowski** entgegnete, der Verein habe im Gegensatz zu der Verwaltung kein Recht dazu, Bedürftigkeitsprüfungen durchzuführen. Man dürfe dem durch die Förderpraxis keinen Vorschub leisten. Der Verein müsse intern mit dem zur Verfügung gestellten Zuschuss wirtschaften.

Stadtverordneter **Dieckmann** wiederholte, dass sich die im Antragsschreiben erwähnte Unterdeckung daraus ergebe, dass etwa 30 Kinder aus sozialschwachen Familien teilnehmen würden, die jeweils nur die Hälfte des regulären Teilnehmerbetrages bezahlen müssten, so dass offensichtlich von dem Verein bereits eine Unterscheidung gemacht worden sei.

Sachkundiger Bürger **Krawanja** erklärte, er wisse aus Erfahrung, dass in der Praxis der Gruppenleiter ohnehin wisse, welche Kinder sich eine solche Fahrt leisten können und welche nicht.

Stadtverordneter **Dieckmann** war der Meinung, dass man dem Verein in dieser Hinsicht auch Vertrauen entgegenbringen müsse.

Erster Stadtbeigeordneter **Piotrowski** merkte an, dass die innerörtliche

Förderpraxis nicht von einer Bedürftigkeit abhängig gemacht werde, hier gebe es ebenfalls eine Pauschale.

Stadtverordnete **Bartel** betonte nochmals, dass sie einen einheitlichen Förderbetrag befürworte, damit Kinder aus dem Niedriglohnsektor nicht schlechter gestellt würden.

Stadtverordneter **Dieckmann** erklärte, man müsse den Einzelfall prüfen und der Rat müsse entscheiden. Streng genommen sei eine Förderung in diesem Fall gar nicht möglich.

Erster Stadtbeigeordneter **Piotrowski** meinte, der Sozialausschuss könne ja einen Vorschlag machen, dieser würde dann im Haupt- und Finanzausschuss beraten. Dann müsse man über die grundsätzliche Förderung für die Zukunft nachdenken.

Sachkundige Bürgerin **Wissing** wollte wissen, warum das Jugendamt Ferienfahrten erst ab einer Dauer von 5 Tagen fördert, schließlich liege grundsätzlich die Zuständigkeit beim Jugendamt.

Herr **Dörr** antwortete, das Problem sei im vorliegenden Fall, dass es sich um eine Art Zwischenstufe handle, da sich die Fahrt nur über drei Tage erstrecke. Möglicherweise sei der Grund für die Förderpraxis des Jugendamtes, dass eine Erholung erst nach einer gewissen Zeit einsetze.

Stadtverordnete **Bartel** appellierte an die Ausschussmitglieder, die Versprechungen aus dem Wahlkampf, nämlich mehr für Kinder und Jugendliche zu tun, einzulösen. Sie schlug vor, der Ausschuss solle eine Empfehlung abgeben und einen Präzedenzfall schaffen.

Erster Stadtbeigeordneter **Piotrowski** fragte die Ausschussmitglieder, ob es richtig sei, dass die Tendenz dahingehe, grundsätzlich eine Förderung zu ermöglichen. Hiergegen ergaben sich keine Widersprüche.

Stadtverordneter **Ruland** bat darum, den Punkt auf die nächste Sitzung zu vertagen. Stadtverordnete **Bartel** wandte ein, dass derartige Ferienfahrten sehr schnell ausgebucht seien.

Erster Stadtbeigeordneter **Piotrowski** fasste zusammen, dass man dem Verein ja grundsätzlich eine Förderung gewähren wolle. Lediglich über die Art und Höhe der Förderung müsse noch entschieden werden. Aus den unterschiedlichen Vorschlägen würde sich ein Förderbetrag zwischen 335 und 600 € ergeben. Dies könne man dem Verein ja schon mitteilen, so dass die Fahrt auf jeden Fall geplant werden kann.

Ausschussvorsitzender **Overländer** erklärte, man werde die Entscheidung auf die nächste Sitzung vertagen und den Antrag bis dahin zurückstellen. Man werde die Verwaltung beauftragen, weitere Informationen zu sammeln.

Beschluss:

1. Der Tagesordnungspunkt wird auf die nächste Sitzung verlegt.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, sich nochmals mit dem Vereinsvorstand in Verbindung zu setzen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

4 Einführung eines Ehrenamtspasses

Stadtverordneter **Ruland** erklärte, die CDU favorisiere den Beschlussvorschlag a), nämlich sich dem Programm des Landes NRW anzuschließen.

Dies biete attraktive Möglichkeiten.

Stadtverordnete **Bartel** sagte, die SPD schließe sich dem an. Sachkundige Bürgerin **Wissing** für B90/ Die Grünen sowie Sachkundiger Bürger **Bergstein** für die UWG schlossen sich ebenfalls an.

Ausschussvorsitzender **Overländer** stellte fest, dass man mit Vorschlag a) die weitreichendsten Möglichkeiten habe.

Herr **Dörr** trug einige Beispiele für Ermäßigungen vor, die die Ehrenamtskarte des Landes bietet. Seine Ausführungen sind dieser Niederschrift als Anlage beigefügt.

Beschlussempfehlung:

- a) Die Verwaltung wird beauftragt, mit dem Minister für Generationen, Familie, Frauen und Integration des Landes NRW, eine Vereinbarung zur Einführung der Ehrenamtskarte Nordrhein-Westfalen auf der Grundlage des im Leitfaden zur Einführung der Ehrenamtskarte in Nordrhein-Westfalen aufgeführten Entwurfes (S. 6/7) abzuschließen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

5 Berichte und Mitteilungen des Bürgermeisters

Erster Stadtbeigeordneter **Piotrowski** berichtete, dass das städtische Mehrgenerationenhaus für weitere 2 Jahre gefördert werde. Somit stünden für die Jahre 2010 und 2011 jeweils 40.000 € zur Verfügung.

Herr **Dörr** teilte mit, dass der Kreis Heinsberg eine repräsentative Befragung der Altersgruppe 50+ und 65+ auch in Übach-Palenberg durchführen wolle. Ziel dieser Befragung sei, für das Wohnquartiersmanagement die Zufriedenheit und die Bedürfnisse der Befragten zu ermitteln. Für den gesamten Kreis Heinsberg seien Kosten von 20.000 € geplant, für Übach-Palenberg würden 2500 € Porto-Kosten anfallen. Erster Stadtbeigeordneter **Piotrowski** ergänzte, die Mittel seien im Haushalt bereitgestellt.

Anfragen

Ausschussvorsitzender **Overländer** schloss um 17.45 Uhr die öffentliche Sitzung.

Overländer
Ausschussvorsitzender

Simunovic
Schriftführerin